

## **Kleine Anfrage**

**des Abg. Willi Stächele CDU**

**und**

## **Antwort**

**des Ministeriums für Inneres, Digitalisierung und Migration**

### **Sicherheitslage nach Vorkommnissen in Kehler Schwimmbädern**

Kleine Anfrage

Ich frage die Landesregierung:

1. Wie hat sich die Kriminalstatistik der Stadt Kehl in den letzten zehn Jahren entwickelt (aufgeschlüsselt nach den einzelnen Deliktsarten und Herkunft der Delinquenten)?
2. Liegen Erkenntnisse vor, dass die Nähe zu Straßburg und die Inbetriebnahme der neuen grenzüberschreitenden Trambahn eine Angleichung der Kriminalitätsrate an die Großstadt Straßburg befördert und hat die Zahl der Straftäter aus dem französischen Bereich in Kehl zugenommen?
3. Wie ist aus polizeilicher Sicht die Lage in den Schwimmbädern von Kehl zu beurteilen, vor dem Hintergrund, dass sich Kehler und Straßburger Familien durch Zustrom junger Menschen insbesondere aus Stadtvierteln Straßburgs verunsichert und gefährdet fühlen?
4. Welches sind die Erkenntnisse der Sicherheitsbehörden aus dem Informationsaustausch mit den stark verstärkten privaten Security-Kräften in Hinblick auf Ergebnisse der Taschenkontrollen?
5. Stimmen die Sicherheitskontrollen in Straßburg mit denen in Kehler Schwimmbädern überein?
6. Wann und in welcher Größe wird die seit Jahren in Aussicht gestellte neue Stellenzuteilung von Polizeibeamten für Kehl im Blick auf die Nachbarschaft zur Großstadt Straßburg umgesetzt werden?

7. Wie kann die deutsch-französische Zusammenarbeit der Polizei zur Vermeidung von Störungen in der beispielhaften gutnachbarschaftlichen Beziehung beider Städte etwa durch gemeinsame Polizeistreifen ausgebaut werden?
8. Welche Ziele können mit einer Sicherheitskonferenz zusammen mit den französischen Nachbarn verfolgt werden?

11.07.2019

Stächele CDU

#### Begründung

In den vergangenen Wochen kam es in den Kehler Schwimmbädern immer wieder zu rücksichtslosen Übergriffen. Die Gefährdungslage der Schwimmbadbesucher hat stark zugenommen. Die Stadt Kehl kann momentan nur durch zusätzlich eingesetztes Sicherheitspersonal und Polizeipräsenz die Situation vor Ort kontrollieren. Es muss an eine dauerhafte Lösung der sich zuspitzenden Sicherheitslage, bedingt durch die Nachbarschaft zur Großstadt Straßburg, gedacht werden. Dazu ist eine verstärkte länderübergreifende Zusammenarbeit der öffentlichen Hand, aber auch zusätzlich eingesetzte Polizeibeamte notwendig. Der angedachte „Sicherheitsgipfel“ braucht eine fundierte Faktenlage. Die großartige bisherige Arbeit der Sicherheitskräfte vor Ort braucht Unterstützung.

#### Antwort

Mit Schreiben vom 6. August 2019 Nr. 3-0141.5/1/655 beantwortet das Ministerium für Inneres, Digitalisierung und Migration die Kleine Anfrage wie folgt:

1. *Wie hat sich die Kriminalstatistik der Stadt Kehl in den letzten zehn Jahren entwickelt (aufgeschlüsselt nach den einzelnen Deliktsarten und Herkunft der Delinquenten)?*

Zu 1.:

Die statistische Erfassung von Straftaten erfolgt bei der Polizei Baden-Württemberg anhand der Polizeilichen Kriminalstatistik (PKS). Bei der PKS handelt es sich um eine sogenannte reine Ausgangsstatistik, in der strafrechtlich relevante Sachverhalte nach der polizeilichen Sachbearbeitung vor Abgabe an die Strafverfolgungsbehörden erfasst werden. Die PKS ist grundsätzlich als Jahresstatistik konzipiert. Die Fallerfassung erfolgt nach den bundeseinheitlichen „Richtlinien für die Führung der Polizeilichen Kriminalstatistik“.

Die PKS Baden-Württemberg weist für die Jahre 2009 bis 2018 die nachfolgende Anzahl an Straftaten in der Stadt Kehl aus. Hierbei ist zu beachten, dass die nachstehende tabellarische Auflistung der Deliktsfelder nicht abschließend ist und in Summe nicht gänzlich den Gesamtstraftaten entspricht.

Bei den Straftaten gegen die sexuelle Selbstbestimmung ist zu berücksichtigen, dass mit Inkrafttreten des „Fünfundzwanzigsten Gesetzes zur Änderung des Strafgesetzbuches – Verbesserung des Schutzes der sexuellen Selbstbestimmung“ am 10. November 2016 im Sexualstrafrecht bisherige Straftatbestände geändert und neue Straftatbestände geschaffen wurden, welche auch im PKS-Straftatenkatalog in den Jahren 2017 und 2018 umgesetzt wurden. Dies hat zur Folge, dass der Vergleich der Straftaten gegen die sexuelle Selbstbestimmung mit den Vorjahren

nicht bzw. nur eingeschränkt möglich ist. Eine dieser Neuerungen war die Einführung des § 184 i StGB (sexuelle Belästigung). Zuvor waren derartige Delikte mitunter als „Beleidigung auf sexueller Grundlage“ gem. § 185 StGB unter dem Oberschlüssel der „sonstigen Straftaten gegen das StGB“ zugeordnet. Durch die Neuordnung sanken die Fälle der „Beleidigung auf sexueller Grundlage“ und analog stiegen die Fallzahlen im Bereich der „Straftaten gegen die sexuelle Selbstbestimmung“. Die modifizierte statistische Erfassung erfolgte ab dem 1. April 2017. Letztlich führt die Erweiterung des Straftatbestandes des § 177 StGB, einhergehend mit einer zusätzlichen Herabsetzung der Übergriffschwelle des neuen § 177 StGB (sog. „Nein heißt Nein“ Grundsatz), zu zusätzlichen Verzerrungen. Zudem ist auch ein geändertes Anzeigeverhalten infolge des gesteigerten medialen Interesses nicht auszuschließen.

Anzahl der Straftaten	2009	2010	2011	2012	2013	2014	2015	2016	2017	2018
Straftaten gesamt	4.839	4.492	4.850	4.745	5.285	7.103	5.694	4.827	5.237	5.505
darunter ausl. rechtl. Verstöße	757	546	692	633	977	2.857	1.866	1.755	1.914	1.653
darunter Straftaten gg. das Leben	5	1	4	1	1	1	1	1	1	4
darunter Straftaten gg. die sexuelle Selbstbestimmung	20	30	24	22	35	26	18	21	27	38
darunter Rohheitsdelikte/ Straftaten gg. die pers. Freiheit	286	287	351	363	342	394	378	330	377	402
– davon Körperverletzung	198	219	267	267	252	295	267	249	294	280
darunter Diebstahl ges.	2.173	2.320	2.356	2.101	2.287	2.016	1.800	1.485	1.621	1.849
– davon Ladendiebstahl	689	616	663	757	886	625	570	561	581	770
darunter Vermögens- und Fälschungsdelikte	645	562	558	710	781	875	765	469	510	647
darunter Sachbeschädigung	289	311	352	438	316	373	306	265	297	301
darunter Rauschgiftdelikte nach BtMG	322	190	205	199	220	251	254	203	219	242

Die PKS Baden-Württemberg weist für die Stadt Kehl nachfolgende Zahl an aufgeklärten Fällen sowie an Tatverdächtigen (TV) differenziert nach deutschen TV, nichtdeutschen TV und TV Asylbewerber/Flüchtling<sup>1</sup> im Sinne der Fragestellung aus. Hierbei ist zu berücksichtigen, dass an einem Fall mehrere TV – ggf. deutsche und nichtdeutsche gemeinsam – beteiligt gewesen sein können. Die Anteile der deutschen und nichtdeutschen TV können somit nicht aufsummiert werden. Hierbei ist ebenfalls zu beachten, dass die tabellarische Auflistung der Deliktsfelder nicht abschließend ist und die Summe der TV der einzelnen Deliktsbereiche nicht die unter den Straftaten gesamt erfasste Anzahl der Tatverdächtigen ergibt.

<sup>1</sup> Wird über die Aufenthaltsanlässe definiert.

<b>Aufgeklärte Fälle unter Beteiligung TV deutsch</b>	<b>2009</b>	<b>2010</b>	<b>2011</b>	<b>2012</b>	<b>2013</b>	<b>2014</b>	<b>2015</b>	<b>2016</b>	<b>2017</b>	<b>2018</b>
Straftaten gesamt	1.206	968	971	926	956	923	811	728	793	921
darunter ausl. rechtl. Verstöße	6	3	5	5	5	2	5	2	5	7
darunter Straftaten gg. das Leben	3	0	2	0	0	0	1	0	0	1
darunter Straftaten gg. die sexuelle Selbstbestimmung	7	19	11	12	22	17	8	11	9	20
darunter Rohheitsdelikte/ Straftaten gg. die pers. Freiheit	168	136	182	183	176	224	192	174	199	203
– davon Körperverletzung	122	111	148	145	139	170	136	130	155	146
darunter Diebstahl ges.	297	268	267	228	217	214	165	130	146	177
– davon Ladendiebstahl	142	155	152	124	126	93	91	72	79	110
darunter Vermögens- und Fälschungsdelikte	288	238	189	225	210	192	161	134	154	174
darunter Sachbeschädigung	30	36	36	41	39	23	29	31	46	25
darunter Rauschgiftdelikte nach BtMG	203	120	107	99	104	102	116	114	100	112

<b>Aufgeklärte Fälle unter Beteiligung TV nichtdeutsch</b>	<b>2009</b>	<b>2010</b>	<b>2011</b>	<b>2012</b>	<b>2013</b>	<b>2014</b>	<b>2015</b>	<b>2016</b>	<b>2017</b>	<b>2018</b>
Straftaten gesamt	1.931	1.573	1.822	1.883	2.479	4.206	3.186	2.850	3.167	3.093
darunter ausl. rechtl. Verstöße	755	544	690	630	973	2.844	1.863	1.754	1.910	1.647
darunter Straftaten gg. das Leben	1	1	2	1	1	1	0	1	0	2
darunter Straftaten gg. die sexuelle Selbstbestimmung	8	7	5	7	8	4	6	6	10	7
darunter Rohheitsdelikte/ Straftaten gg. die pers. Freiheit	85	112	142	130	126	130	139	130	144	141
– davon Körperverletzung	55	87	108	95	97	102	107	99	116	104
darunter Diebstahl ges.	633	549	605	716	844	602	543	526	601	712
– davon Ladendiebstahl	531	451	486	598	730	493	448	454	465	590
darunter Vermögens- und Fälschungsdelikte	209	191	158	204	288	328	364	218	269	303
darunter Sachbeschädigung	13	30	18	19	28	29	13	18	22	26
darunter Rauschgiftdelikte nach BtMG	113	67	91	80	109	127	122	73	104	113

Aufgeklärte Fälle unter Beteiligung TV Asylbew./Flüchtling	2009	2010	2011	2012	2013	2014	2015	2016	2017	2018
Straftaten gesamt	783	583	756	683	1.137	3.055	2.045	1.939	2.164	1.987
darunter ausl. rechtl. Verstöße	723	526	652	586	931	2.804	1.841	1.731	1.867	1.620
darunter Straftaten gg. das Leben	0	0	1	0	0	0	0	0	0	0
darunter Straftaten gg. die sexuelle Selbstbestimmung	0	1	2	0	2	1	0	3	2	3
darunter Rohheitsdelikte/ Straftaten gg. die pers. Freiheit	2	9	15	2	9	9	17	26	30	13
– davon Körperverletzung	1	5	10	1	5	6	14	21	25	7
darunter Diebstahl ges.	17	15	51	56	117	66	68	59	101	143
– davon Ladendiebstahl	12	14	49	49	111	47	62	49	68	122
darunter Vermögens- und Fälschungsdelikte	33	22	26	29	55	140	84	105	133	150
darunter Sachbeschädigung	0	1	1	0	2	1	1	1	4	5
darunter Rauschgiftdelikte nach BtMG	4	1	7	3	12	21	21	12	16	22

*2. Liegen Erkenntnisse vor, dass die Nähe zu Straßburg und die Inbetriebnahme der neuen grenzüberschreitenden Trambahn eine Angleichung der Kriminalitätsrate an die Großstadt Straßburg befördert und hat die Zahl der Straftäter aus dem französischen Bereich in Kehl zugenommen?*

Zu 2.:

Die ersten Fahrten mit der grenzüberschreitenden Trambahn waren ab Februar 2017 von Straßburg bis zum Bahnhof in Kehl möglich. In einem zweiten Abschnitt wurde die Fahrt bis in die Kehler Innenstadt erweitert. So wurde das Ziel der Förderung des grenzüberschreitenden Personenverkehrs erreicht; das Verkehrsmittel wird im Alltag rege von deutschen sowie französischen Staatsangehörigen, vor allem von Pendlern und Einkaufstouristen, genutzt. Verstärkter Personenverkehr ist auch anlässlich besonderer Veranstaltungen in den beiden Städten, etwa bei Märkten, Messen und anderen kulturellen Feierlichkeiten, feststellbar.

Bezogen auf die Herkunft polizeilich erfasster TV weist die PKS für den Tatortbereich der Stadt Kehl für die letzten fünf Jahre nachfolgende Anzahl an TV mit französischer Staatsangehörigkeit aus. Hierbei ist zu berücksichtigen, dass die PKS TV im Rahmen der sogenannten Tatverdächtigen-Echtzählung innerhalb eines Jahres nur einmal ausweist, auch wenn diese mehrfach Straftaten begangen haben.

Anzahl der TV französisch in der Stadt Kehl	2014	2015	2016	2017	2018
<b>Straftaten gesamt</b>	595	467	433	475	527

Dementsprechend weist die PKS für das Jahr 2017 und damit den Zeitpunkt der Inbetriebnahme des Tramverkehrs sowohl einen Anstieg der Fallzahlen im Bereich der Gesamtstraftaten als auch einen Anstieg der Anzahl der TV mit französischer Staatsangehörigkeit aus. Hierbei ist festzustellen, dass sich die Anzahl der TV mit französischer Staatsangehörigkeit für das Jahr 2017 auf dem Niveau der Vorjahre bewegt. Weiterhin ist zu berücksichtigen, dass die Erfassung des Wohnortes eines TV nach den bundeseinheitlichen „Richtlinien für die Führung der Polizeilichen Kriminalstatistik“ nicht vorgesehen ist. Entsprechend können zur Gesamtzahl der für den Tatortbereich der Stadt Kehl erfassten Tatverdächtigen mit Wohnsitz in Frankreich keine abschließenden Aussagen getroffen werden.

Im Übrigen liegen der Landesregierung keine aussagekräftigen Erkenntnisse zur Kriminalitätsstatistik der Stadt Straßburg vor.

*3. Wie ist aus polizeilicher Sicht die Lage in den Schwimmbädern von Kehl zu beurteilen, vor dem Hintergrund, dass sich Kehler und Straßburger Familien durch Zustrom junger Menschen insbesondere aus Stadtvierteln Straßburgs, verunsichert und gefährdet fühlen?*

Zu 3.:

Im Hinblick auf die Entwicklung der Kriminalitätsslage der Stadt Kehl wird auf die Antwort zu Frage 1 verwiesen. In Bezug auf die Lage in den Schwimmbädern von Kehl ist die Anzahl der polizeilich bekannt gewordenen Körperverletzungs- und Diebstahlsdelikte vergleichsweise gering, es überwiegen die im Rahmen der Einlasskontrollen festgestellten Verstöße gegen das Betäubungsmittel- und Waffengesetz. Darüber hinaus ist zu berücksichtigen, dass neben den polizeilich registrierten Straftaten mitunter auch subjektive Faktoren, wie beispielsweise das Sicherheitsempfinden der Bürgerinnen und Bürger, Einfluss auf die Entwicklung der Kriminalitätsslage und deren Bewertung haben können. Entsprechend ist auch das deviante Verhalten von Gruppen junger Menschen in öffentlichen Schwimmbädern zu betrachten, das sich oftmals an der Grenze zur Störung der öffentlichen Sicherheit und Ordnung bewegt. So kann das teilweise rücksichtslose Auftreten im Einzelfall dazu geeignet sein, dass sich andere Badegäste, insbesondere Familien oder ältere Personen, in ihrer persönlichen Sicherheit beeinträchtigt fühlen. Entsprechend veranlasste Herr Minister Strobl nach den jüngsten Vorkommnissen in den Freibädern der Stadt Kehl, dass dem Polizeipräsidium Offenburg zusätzliche Einsatzkräfte des Polizeipräsidiums Einsatz speziell für temporäre Präsenz- und Kontrollmaßnahmen an den Freibädern zur Verfügung gestellt wurden. Das Polizeipräsidium Offenburg trifft in enger Kooperation mit der Stadt Kehl die erforderlichen Maßnahmen mit dem Ziel, strafrechtlich relevanten Handlungen entgegenzuwirken und allen Besuchern einen sicheren Schwimmbadaufenthalt gewährleisten zu können. In diesem Zusammenhang wurde die Vorgehensweise zum Einschreiten beim Vorliegen von Ordnungsstörungen sowie Verstößen gegen die Haus- und Baderegeln zwischen den Verantwortlichen der Stadt Kehl und dem Polizeipräsidium Offenburg neu abgestimmt. Die Stadt Kehl spricht bei unangepasstem Verhalten vermehrt Hausverbote aus. Weiterhin ist vorgesehen, die Zaunanlagen der Bäder so zu ertüchtigen und zu erhöhen, dass ein Überklettern möglichst verhindert, zumindest aber stark erschwert werden soll.

*4. Welches sind die Erkenntnisse der Sicherheitsbehörden aus dem Informationsaustausch mit den stark verstärkten privaten Security-Kräften in Hinblick auf Ergebnisse der Taschenkontrollen?*

Zu 4.:

Durch die Einführung von Taschenkontrollen, welche durch Security-Kräfte der Stadt Kehl durchgeführt werden, werden vermehrt Verstöße gegen das Waffengesetz und das Betäubungsmittelgesetz festgestellt. Die eingesetzten Security-Kräfte verständigen bei Feststellung entsprechender Gegenstände das Polizeirevier Kehl zur Durchführung der weiteren Maßnahmen.

Gegenstände, welche in den Schwimmbädern nicht zugelassen sind, aber keinen waffenrechtlichen Verstoß begründen, werden von den Security-Kräften mit Einverständnis der Badegäste für die Dauer des Aufenthalts in Verwahrung genommen und ihnen bei Verlassen des Bades wieder ausgehändigt.

*5. Stimmen die Sicherheitskontrollen in Straßburg mit denen in Kehler Schwimmbädern überein?*

Zu 5.:

Nach der Stadt Kehl vorliegenden Erkenntnissen unterliegen die gegenwärtigen Sicherheitskontrollen am Eingang der Schwimmbäder in Kehl strengeren Vorschriften.

Die Haus- und Badeordnungen der beiden Städte sind bislang nicht ganz deckungsgleich, eine weitere Harmonisierung werde jedoch angestrebt. Beispielsweise ist in den Bädern in Straßburg und Kehl nunmehr das Rauchen von Shishas sowie das Tragen von Freizeitshorts im Wasser verboten. Die Anpassung und weitere Vernetzung der Sicherheitskonzepte erfolgte in einer gemeinsamen Besprechung der Stadtverwaltung Kehl und der Präfektur Straßburg. Das Polizeipräsidium Offenburg nahm hierbei eine beratende Rolle ein.

Die Stadt Kehl prüft derzeit ergänzende Maßnahmen, wie beispielsweise die künftig geplante Veröffentlichung der Anzahl der aktuell anwesenden Badegäste im Internet, vergleichbar zur bereits bestehenden Verfahrenspraxis der Bäder in Straßburg. Grundsätzlich obliegt die Entscheidung darüber, bis zu welcher Besucherzahl die Sicherheit im Bad gewährleistet werden kann, dem Bäderpersonal. Diese Zahl kann, abhängig von der Zahl der anwesenden Bademeister und Rettungsschwimmer, variieren. Die Stadt prüft derzeit die Möglichkeit, tagesaktuelle Aufnahmekapazitäten im Internet zu veröffentlichen, um an entsprechenden Tagen Einfluss auf das Reiseverhalten zum Schwimmbad nehmen und damit entsprechende Folgeerscheinungen mildern zu können.

*6. Wann und in welcher Größe wird die seit Jahren in Aussicht gestellte neue Stelvenzuteilung von Polizeibeamten für Kehl im Blick auf die Nachbarschaft zur Großstadt Straßburg umgesetzt werden?*

Zu 6.:

Es ist allgemein festzustellen, dass grenznahe Städte nicht selten eine höhere Kriminalitätsbelastung aufweisen als grenzferne Städte vergleichbarer Größe. In der aktuellen Evaluierung des Stellenverteilungsverfahrens sollen neben vielen anderen Parametern auch die zusätzlichen Belastungen durch die Grenznahe Eingang finden. Eine besondere Herausforderung dabei wird sein, auch bei einer optimierten Gewichtung der jeweiligen Arbeitsbelastung der Dienststellen die flächendeckende polizeiliche Grundversorgung im ganzen Land zu gewährleisten.

Im Koalitionsvertrag wurden 1.500 neue Stellen bei der Polizei vereinbart, davon 900 im Polizeivollzugsdienst und 600 im Nichtvollzug. Von diesen Stellen profitiert auch das für die Stadt Kehl zuständige Polizeipräsidium Offenburg im Bereich des Nichtvollzugs sowie beim Polizeivollzugsdienst. Während die Besetzung der bereits vollständig etatisierten 600 Nichtvollzugs-Stellen sofort erfolgen

kann, ist die Besetzung im Polizeivollzugsdienst durch die ausbildungsbedingte Vorlaufzeit erst verzögert möglich. Deshalb hat die Landesregierung mit einer in der Geschichte des Landes Baden-Württemberg beispiellosen Einstellungs Offensive verbunden mit einer massiven Aufstockung der Ausbildungskapazitäten der Hochschule für Polizei Baden-Württemberg die Voraussetzungen geschaffen, die vorgesehenen Neustellen schnellstmöglich zu besetzen. Da die Evaluierung des Stellenverteilungsverfahrens noch nicht abgeschlossen ist, können zum gegenwärtigen Zeitpunkt noch keine belastbaren Aussagen zur künftigen Stellenverteilung getroffen werden.

Auf aktuelle Lageentwicklungen reagieren die zuständigen Polizeipräsidien mit gezielten Maßnahmenkonzepten, zu deren Unterstützung beispielsweise auch sogenannte „Brennpunkt- oder Unterstützungskräfte“ des Polizeipräsidium Einsatz angefordert werden können. Diese Einsatzkräfte entlasten die regionalen Polizeidienststellen, insbesondere bei der Durchführung von gezielten Präsenz- und Kontrollmaßnahmen, in erheblichem Maße. Auf die Antwort zu Frage 3 wird in diesem Zusammenhang hingewiesen.

*7. Wie kann die deutsch-französische Zusammenarbeit der Polizei zur Vermeidung von Störungen in der beispielhaften gutnachbarschaftlichen Beziehung beider Städte etwa durch gemeinsame Polizeistreifen ausgebaut werden?*

Zu 7.:

Grundsätzlich arbeiten die Polizeien beider Seiten seit vielen Jahren eng, vertrauensvoll und pragmatisch zusammen. Neben informellen Kontakten auf allen Ebenen zählen hierzu beispielsweise die regelmäßige gegenseitige Unterstützung im alltäglichen Dienst, etwa in Form von gemeinsamen Streifen oder Kontrollstellen, oder durch ein abgestimmtes polizeiliches Vorgehen beiderseits der Grenze. Die Praxis offenbart aber auch, dass der vertragliche Rahmen im Interesse einer wirklich effektiven Zusammenarbeit dringend fortentwickelt werden müsste. Das Ministerium für Inneres, Digitalisierung und Migration appelliert deshalb seit Jahren an den Bund, mit der französischen Seite in diesbezügliche Verhandlungen einzutreten. Weil aber rasche Fortschritte derzeit nicht zu erwarten sind, hat die Polizei des Landes Baden-Württemberg mit der französischen Seite fünf gemeinsame Arbeitsgruppen eingerichtet mit dem Ziel, auf verschiedenen Kooperationsfeldern zumindest Verbesserungen im Detail zu erzielen. Das Polizeipräsidium Offenburg steht einer Arbeitsgruppe vor, die sich – nicht zuletzt aufgrund der in Kehl seit Jahren gemachten Erfahrungen – mit der Verbesserung der Zusammenarbeit in verschiedensten polizeilichen Ad-hoc-Lagen befasst. Eine bestmögliche lageorientierte Unterstützung setzt auch entsprechende personelle Ressourcen voraus. Diese stehen aber auf beiden Seiten aus den verschiedensten Gründen nicht zu jedem Anlass hinreichend zur Verfügung, sodass regelmäßig Prioritäten gesetzt werden müssen.

*8. Welche Ziele können mit einer Sicherheitskonferenz zusammen mit den französischen Nachbarn verfolgt werden?*

Zu 8.:

Das Ministerium für Inneres, Digitalisierung und Migration, die Landeszentrale für politische Bildung und die kommunalen Landesverbände haben am 19. Juni 2019 die Kooperationsvereinbarung „Lokale Sicherheitskonferenzen – für einen sicheren Alltag“ unterzeichnet.

Lokale Sicherheitskonferenzen haben das Ziel, der Bevölkerung die tatsächliche Lage und bereits eingeleitete oder geplante Maßnahmen vorzustellen. Dadurch soll der Dialog mit den Bürgerinnen und Bürgern intensiviert und das positive Sicherheitsgefühl gestärkt werden.

Die behördenübergreifende Betrachtung der Sicherheitslage und gemeinsame Entwicklung von Konzepten im Bereich des Polizeipräsidiums Offenburg erfolgt bereits heute in einer Vielzahl von institutionalisierten länderübergreifenden Gremien. In der Zusammenarbeit mit Frankreich sind dies unter anderem der Euro-



distrikt Strasbourg/Ortenau, Conseil Intercommunal de Sécurité et de Prévention de l'Eurométropole de Strasbourg, kurz: CISPD, sowie diverse justizielle und polizeiinterne Gremien. Inhaltlich befassen sich diese Gremien mit strategischen Fragen der Zusammenarbeit und konkreten Lageentwicklungen.

Darüber hinaus bestehen seit Jahren deliktsbezogene Informationsstränge auf Ermittlungsebene. Diese erlauben die kurzfristige und anlassbezogene Einberufung von gemeinsamen Besprechungen deutscher und französischer Ermittler.

In Vertretung

Klenk

Staatssekretär